

17. UN-Klimakonferenz in Durban (COP17)

Regierungen: Hört auf die Menschen – nicht auf die großen Klimasünder

Ob Unternehmen, Städte, Kommunen oder Privatinitiativen: Immer mehr Menschen schließen sich der "grünen" Energie-Revolution an und stellen sich dem Klimawandel entgegen. Sie setzen auf Erneuerbare Energien, sparen Klimagase ein und investieren in neue Geschäftsmodelle wie Wind- oder Solarenergie – keine andere Energiesparte verzeichnet seit den späten 80er Jahren ein rasanteres Wachstum! Aber das Engagement von Politik und Wirtschaft hinkt hinterher. Auf der 17. Weltklimakonferenz müssen die Regierungen handeln – wir brauchen einen globalen Klimaschutzvertrag!

Die Klimawissenschaft sendet immer deutlichere Alarmsignale. Erst im November legte der Weltklimarat einen Bericht vor, demzufolge sich globale Extremwetter, Dürren und Hitzeperioden drastisch verschärfen werden. Nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur (IEA) stieg der weltweite Treibhausgasausstoß 2010 um über 5 Prozent, der stärkste Anstieg seit zwanzig Jahren. Seit 1990 haben die weltweiten CO₂-Emissionen um 45 Prozent zugenommen -Tendenz steigend.

Zugleich warnen die Wissenschaftler, dass der globale Höhepunkt der Emissionen innerhalb dieses Jahrzehnts erreicht werden muss, wenn die Klima-Erwärmung in diesem Jahrhundert unter zwei Grad gehalten werden soll. Doch derzeit steuert die Welt auf einen Temperaturanstieg von durchschnittlich vier bis sechs Grad und damit auf ein Klimachaos unbekanntem Ausmaßes zu. Parallel läuft das Kyoto-Protokoll, der einzige globale Klimavertrag, bereits Ende 2012 aus, ohne dass bisher ein Folgeabkommen ausgehandelt ist.

Finanzkrise als Chance

Trotz aller Hiobsbotschaften dominiert nicht die Klima-, sondern die Finanzkrise die aktuelle Debatte. Diese könnte eine große Chance zur Umgestaltung der Wirtschaft bieten. Entscheidungsträger könnten die Krise nutzen, um endlich die Investitionen und Subventionen aus den fossilen Energiesystemen abzuziehen und auf die erneuerbaren Energiemärkte umzulenken. Doch stattdessen benutzen viele Politiker die Situation als Ausrede, um sich aus der Verantwortung für die Bekämpfung der Klimakrise herauszuwinden.

Selbst bei der Finanztransaktionsteuer zögern die Entscheidungsträger, obwohl diese sowohl schädliche Spekulationen durch eine moderate Abgabe eindämmen als auch Geld für den internationalen Klimaschutz generieren könnte. Das offenbart ein zutiefst kurzfristiges Denken. Damit werden die jetzt noch vorhandenen Gelegenheiten für einen effektiven Klimaschutz verspielt.

Die Folge sind nicht nur verlorene Arbeitsplätze heute, sondern auch die zunehmenden Gesamtkosten für den Klimaschutz und steigende Energiepreise in der Zukunft.

Schlüsselrolle Urwaldschutz

Derzeit ist die tropische Entwaldung für etwa zwanzig Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Der Druck auf die Waldökosysteme erhöht sich allerdings durch den Klimawandel dramatisch. Der Ausweg aus diesem Dilemma wäre simpel: Man kann den Bestand der Wälder schützen, indem internationale Vereinbarungen getroffen werden, um den industriellen Holzeinschlag in Urwäldern schrittweise auf Null zu reduzieren.

Bei den Klimaverhandlungen in Durban geht es unter anderem auch um die Initiative "Geld für

die Vermeidung von CO₂-Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung" (**REDD** - "Reducing Emissions from Deforestation and Degradation"). Sie soll den Waldschutz vor allem in Entwicklungsländern finanzieren. Doch dieser gute politische Ansatz ist im Kern bedroht. Große Atmosphären-Verschmutzer, vor allem die Erdöl- und Kohleindustrie, versuchen derzeit nicht nur ein globales Klimaschutzabkommen zu verhindern, sondern auch den Urwaldschutz in den Handel mit CO₂-Zertifikaten einzubeziehen. Sie hoffen, sich durch billige Waldzertifikate von ihren eigenen Reduktionsverpflichtungen daheim freikaufen zu können. Damit wäre das ganze System in Frage gestellt.

Lobby torpediert Klimaschutz

Es hat sich eine machtvolle, global vernetzte Lobby der Erdöl- und Kohleindustrie etabliert, die vom Status Quo in der Klimadebatte profitiert. Diese Konzerne unterstützen aktiv Politiker, die zukunftsweisende Klimagesetzgebungen und eine neue Klimaordnung blockieren. In einigen Ländern unterstützen diese Konzerne sogar Vereinigungen, die den Klimawandel öffentlich auf pseudo-wissenschaftlicher Basis anzweifeln und sich offen gegen den Klimaschutz aussprechen.

Das Kyoto-Protokoll hat viele Schwächen. Doch die Aufgabe dieses Vertrages zugunsten eines Systems mit noch schwächeren Regeln und noch weniger Transparenz hätte schwerwiegende Folgen: Die multinationalen Konzerne könnten noch leichter von der Klimazerstörung profitieren, könnten noch leichter die Umweltagenda einzelner Staaten kontrollieren und die Klimaschutzpolitik weiter behindern.

Die COP als Chance

Die COP17 in Durban muss der Ausgangspunkt für eine neue globale Kooperation sein. Das bedeutet, dass die traditionelle Aufteilung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsstaaten endlich überwunden werden müssen. Die Regierungen müssen ihre "blame games" beenden, bei denen sie jeweils die anderen Regierungen für das eigene Nicht-Handeln verantwortlich machen. Stattdessen müssen sie jetzt echte Fortschritte erzielen. **Notfalls bedeutet das, sich auch klar gegen einzelne Staaten stellen, die es ablehnen, internationale Verpflichtungen einzugehen**, Verantwortung für

die von ihnen verursachten Treibhausgasemissionen zu übernehmen und ihren fairen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten.

Die Regierungen haben auf den Klimaverhandlungen in Durban eine klare Aufgabe:

- Sie müssen dort beschließen, bis spätestens 2015 einen umfassenden, rechtsverbindlichen **Weltklimavertrag** ausgehandelt zu haben, der alle großen Emittenten – Industrieländer einschließlich der USA sowie die Schwellenländer – auf verbindliche Reduktionsziele verpflichtet.
- Für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des neuen Vertrages muss das **Kyoto-Protokoll**, das bisher einzige bindende Klimaschutzabkommen, um eine zweite Verpflichtungsperiode verlängert werden.
- Der bei der letzten Klimakonferenz von Cancun beschlossene **Klimafonds**, mit dem Klima- und Waldschutz sowie Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern finanziert werden sollen, muss endlich in Kraft gesetzt werden.

Verbindliche Reduktionsvereinbarungen sind nötig

Bis dahin müssen sich die Regierungen verpflichten, ihre Emissionen und Klimaschutzmaßnahmen regelmäßig und transparent zu messen, darüber zu berichten und die Reduktionen überprüfen zu lassen. Dadurch würde Vergleichbarkeit und internationale Kontrolle der Klimaschutzbemühungen einzelner Länder gewährleistet sowie Vertrauen zwischen den Staaten aufgebaut. Echte Reduktionsvereinbarungen können nicht freiwillig, sondern müssen rechtlich verbindlich sein. Sie müssen auf Instrumenten beruhen, die die Transparenz und öffentliche Haftung der Regierungen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern sicherstellen.

Derzeit scheint keine Regierung offensichtlich bereit, die entscheidenden Schritte in Durban zu gehen. Realistisch bleibt allein, dass die Regierenden in Durban zumindest Zeitplan und Leitplanken für ein weltweites Abkommen verabschieden, das Kyoto-Protokoll verlängern und den bei der letzten Klimakonferenz in Cancun 2010 beschlossenen globalen Klimafonds für Entwicklungsländer in Kraft setzen.

Leitplanken für den Weltklimavertrag

COP17 – die Regierenden müssen handeln!

In Durban müssen die Regierungen folgende Leitplanken verbindlich beschließen, um das dringend benötigte weltweite Klimaschutzabkommen vorzubereiten:

Globale Emissionen müssen ab 2015 drastisch sinken

Die Regierungen müssen vereinbaren, dass die weltweiten Emissionen ab dem Jahr 2015 nicht weiter steigen dürfen, sondern ab dann kontinuierlich sinken (Peak-Jahr). Bis 2050 müssen die Treibhausgase um mindestens achtzig Prozent – gegenüber dem Basisjahr 1990 – reduziert werden. Jede weitere Verzögerung des Peak-Jahres wird die ökologischen und ökonomischen Kosten massiv erhöhen und die Möglichkeit, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad zu begrenzen, weiter reduzieren. Bereits bei der vorigen Klimakonferenz in Cancun 2010 haben sich die Regierungen auf eine Begrenzung der Erderwärmung auf unter zwei Grad geeinigt. Über hundert Länder unterstützen sogar eine Grenze von 1,5 Grad.

Emissionsminderungen – keine Lücke zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischem Handeln

- Die Regierenden müssen einen umfassenden Prozess mit festem Zeitplan in Gang setzen, um die Lücke zu schließen zwischen den bisher in Aussicht gestellten Treibhausgasreduktionen der Staaten und den tatsächlich notwendigen Reduktionen. Bereits in Cancun wurde festgestellt, dass die Ambitionen aller Länder bisher deutlich

zu niedrig sind und nicht mit den Forderungen der Klimawissenschaftler übereinstimmen. In Durban müssen die Regierungen zu diesem Punkt endlich handeln und ein entsprechendes Arbeitsprogramm mit festem Zeitplan beschließen!

- Die Staaten müssen zudem die Schlupflöcher in den Anrechnungsregeln für Emissionen schließen, damit die angekündigten Reduktionsziele vergleichbar, verlässlich und überprüfbar eingehalten werden. Dazu gehören vor allem drei Aspekte: die Anrechnungsregeln für Emissionen aus der Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) müssen so verbessert werden, dass sie die realen (und nicht die ökonomisch günstigsten) Emissionen ehrlich widerspiegeln. Gutschriften aus dem Emissionshandel dürfen auf keinen Fall doppelt gezählt werden. Und schließlich muss der Missbrauch überschüssiger Emissionszertifikate ("Heiße Luft") aus der ersten Kyoto-Verpflichtungsperiode minimiert werden.

Strenges Mandat für ein umfassendes, rechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen bis 2015 und Fortsetzung des Kyoto-Protokolls

Die Regierungen müssen Fortbestand und Weiterentwicklung des einzigen international rechtlich verbindlichen Vertrages zur Bekämpfung des Klimawandels sicherstellen: des Kyoto-Protokolls. Nur dies garantiert Klarheit bezüglich bereits getroffener Vereinbarungen und der Messmethoden. Es hält ein Minimum an internationalen Standards für den Emissionshandel aufrecht und fördert und sichert die Einhaltung der bereits getroffenen Vereinbarungen.

- Industriestaaten, die dem Kyoto-Protokoll angehören, müssen zustimmen, ihre Reduktionsziele in einer zweiten Verpflichtungsperiode verbindlich festzulegen.
- Industriestaaten wie die USA, die das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet haben, müssen eine Vereinbarung über ihre Reduktionsziele eingehen, die mit derjenigen anderer Industriestaaten vergleichbar ist. Diese Vereinbarungen müssen Bestandteil

eines COP-Beschlusses und Teil eines robusten, auf Einhaltung angelegten Regelsystems sein.

- Alle Regierungen, also auch China, Brasilien, Indien und Südafrika, müssen einem Verhandlungsmandat für ein umfassendes, rechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen zustimmen. Dieses muss bis spätestens 2015 unter der Klimarahmenkonvention verabschiedet werden und bis zum Ende der zweiten Kyoto-Verpflichtungsperiode in Kraft treten.

Internationale Finanzierung

- Der in Cancun beschlossene "Green Climate Fund" zur Finanzierung von Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern muss in Durban in Kraft gesetzt und mit ersten Finanzmitteln ausgestattet werden.
- Die Regierungen müssen neue Finanzierungsquellen identifizieren und zeitnah sicherstellen. Dazu gehören zum Beispiel eine Finanztransaktionssteuer sowie die Versteigerung von Emissionszertifikaten. Die Staaten müssen zudem ein Arbeitsprogramm mit festem Zeitplan für die Operationalisierung dieser Finanzquellen beschließen.
- Nach einer Überprüfung der Höhe der benötigten Finanzmittel, um die Ziele des UNFCCC zu erfüllen, müssen die Beiträge zur Klimafinanzierung für Entwicklungsländer von 2013 bis 2020 und für die Folgejahre schrittweise erhöht werden. Die Industriestaaten hatten zugesagt, bis 2020 eine Summe von 100 Milliarden Dollar jährlich für den Klimaschutz aufzubringen, und hatten die Schlüsselrolle öffentlicher Gelder hierfür bestätigt.
- Die Regierungen müssen sich auf Mechanismen einigen, die Gelder für Entwicklungsländer generieren und zugleich Anreize für die Reduktion von Emissionen aus dem Flug- und Schiffsverkehr setzen. Dabei soll jedoch das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern berücksichtigt werden, zum Beispiel durch ein Rabattsystem für Entwicklungsländer.

- Die Regierungen müssen beschließen, alle Subventionen für fossile und nukleare Energieerzeugung auslaufen zu lassen, mit festem Zeitplan und sozial gerechten Übergangsplänen.

Finanzierungsrahmen für den Urwaldschutz in Entwicklungsländern

Die Regierungen müssen sicherstellen, dass innerhalb des "Green Climate Fund" ein eigenes Finanzierungsfenster geschaffen wird, mit dem eine adäquate und hinreichende Finanzierung garantiert wird, um die Zerstörung von Wäldern und Urwäldern in Entwicklungsländern zu stoppen.

- Die COP17 muss eine Strategie entwickeln, die die Urwaldzerstörung auf nationaler – und nicht regionaler – Ebene misst und beendet, das heißt, mithilfe von nationalen Bezugsebenen und Monitoringplänen. Dies ist erforderlich, da alternativ diskutierte subnationale, regionale Ansätze nachweisbar nur dazu führen, dass die Urwaldzerstörung von einem Teil des Landes auf einen anderen verschoben wird.
- Die Regierungen müssen den Schutz der biologischen Vielfalt und die Rechte der indigenen Bevölkerung und lokaler Kommunen im REDD-Mechanismus sicherstellen.

Priorität für die Bedürfnisse der am stärksten Betroffenen

- Die Regierungen müssen die Modalitäten und Leitlinien für die Zusammensetzung des "Anpassungs-Komitees" sowie für die Entwicklung von nationalen Aktionsplänen für die Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern vereinbaren.
- Regierungen müssen sicherstellen, dass das Arbeitsprogramm über die Kompensation von Verlusten oder Zerstörungen nach klimabedingten Katastrophen Fortschritte erzielt und langfristige Lösungen entwickelt.
- Regierungen müssen zudem beginnen, die Einflüsse des Klimawandels auf die Lebensmittelsicherheit in den Entwicklungsländern zu diskutieren.

Globale Zusammenarbeit bei der Verbreitung von Erneuerbaren u. Effizienztechnologien

- Die Regierungen müssen – wie in Cancun vorgesehen – beschließen, den Technologiemechanismus bis 2012 in Kraft zu setzen.
- Die Regierungen müssen ein Umweltprüfverfahren für die Auswahl von geeigneten Technologien im Technologiemechanismus entwerfen.
- Innerhalb des Technologiemechanismus müssen Regierungen die Förderung von Technologien zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels als auch Technologien zur Emissionsvermeidung gleichberechtigt behandeln.
- Die Industriestaaten müssen die Kapitalausstattung des Technologiemechanismus weiter vorantreiben, damit dieser wirksam arbeiten kann.
- Die Regierungen müssen die Nutzung falscher ‚Lösungen‘, wie die unterirdische Verpressung von CO₂ (sogenannte CCS-Technik) oder Atomenergie innerhalb des "Clean Development Mechanism" (CDM) oder anderer Mechanismen verbieten.

Weltweite Transparenz

- Gleiche Anrechnungsregeln für die Verschmutzung der Atmosphäre sind sowohl für die Kyoto-Länder und für die USA, sowie etwas abgestuft auch für die Schwellenländer notwendig. Die Regierungen müssen sich deshalb in Durban auf die umfassenden Konturen des "International Assessment and Review" (IAR) für die USA und der "International Consultation and Analysis" (ICA) für China und andere Schwellenländer einigen.
- Der IAR muss auf überprüfbare Einhaltung ("compliance") ausgelegt sein und die bisherigen Lücken des Kyoto-Protokolls in diesem Bereich schließen. Vor allem muss ein Frühwarnsystem für Nichteinhaltung der Compliance eingerichtet werden.
- Der ICA für Schwellenländer muss praxisorientiert sein und zunächst die möglichen Kapazitätsengpässe überwinden, die bei

der Implementierung von Minderungsstrategien und Aktionen und zur Verbesserung des Berichtssystems auftreten könnten.

- Die IAR- und ICA-Prozesse müssen beide nach den ersten nationalen Gutachten oder Analysen zugänglich und öffentlich sein. Die vollständige Beteiligung der NGOs muss dabei sichergestellt werden.
- Die Regierungen müssen sowohl vorläufige Richtlinien für die alle zwei Jahre fälligen Berichte, die für alle Staaten gelten, als auch ein gemeinsames Berichtsformat für die Unterstützungsverpflichtungen der Industrieländer verabschieden. Diese Richtlinien müssen regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt werden.
- In den Richtlinien für die alle zwei Jahre notwendigen Berichte sollten alle Subventionen für fossile Brennstoffe erfasst werden sowie die Schritte zum Abbau dieser Subventionen. Dies sollte für die Industriestaaten verbindlich sein, alle anderen Länder sollten dazu ermutigt werden.

Transparenz, Demokratie und eine umfassende Beteiligung im UNFCCC-Prozess

- Die Zivilgesellschaft hat ein Recht darauf zu erfahren, wie die Regierungen auf die globale Klimakrise reagieren. Dafür müssen sie Teil der politischen Diskussion sein und in dieser offiziell angehört werden.
- Die Regierungen müssen die Transparenz in den UNFCCC-Verhandlungen verbessern und eine relevante Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherstellen.
- Regierungen dürfen den schadensverursachenden Verschmutzern, zum Beispiel den großen Energiekonzernen, keinen privilegierten Zugang zu den politischen Prozessen innerhalb des UNFCCC ermöglichen.

Achtung Redaktionen:

Rückfragen bitte an Martin Kaiser, Leiter Internationale Klimapolitik, Email: Martin.Kaiser@greenpeace.de, Telefon: +49 171 8780817, und Stefan Krug, Leiter Politische Vertretung, Email: Stefan.Krug@greenpeace.de, Telefon: +49 171 8780836